

**CDU-Chefin Merkel, Kanzler Schüssel**  
Mehrmalige Telefonate am deutschen Wahlabend



# Halt! Stopp! Retour?

**Österreich-Deutschland.** Keine Mehrheit für Schwarz-Gelb in Berlin, dagegen leichte Vorteile für den Linksblock. Weder SPÖ noch ÖVP können daraus eindeutige Lehren ziehen. Eine ideologische Wende ist nicht in Sicht. Von Ulla Schmid



**SPÖ-Chef Gusenbauer, deutscher Kanzler Schröder**  
Nutznießer und Leidtragender der misslichen Stimmung in der Bevölkerung

AP/WIDEWORLD, REUTERS/BERND BRUNNER

**W**olfgang Schüssel griff vorvergangenen Sonntag mehrmals zum Telefon. Der Wahltag in Deutschland, der laut Umfragen eine Wende hin zur ÖVP-Schwesterpartei CDU/CSU versprochen hatte, ließ den österreichischen Kanzler mitfiebert. Doch angesichts der Wahlergebnisse konnte er Parteichefin Angela Merkel nur noch „viel Kraft für die kommenden Koalitionsverhandlungen“ wünschen.

Alfred Gusenbauer griff an diesem Tag nicht zum Telefon. Der SPÖ-Vorsitzende übermittelte seine Honneurs nach Berlin schriftlich: „Mit großer Freude“ gratulierte er dem „lieben Gerhard“ Schröder zum „furiösen Wahlkampffinish“, umso mehr, als die SPD ja „in allen Umfragen weit abgeschlagen“ gewesen sei.

Der Wahlausgang in Deutschland überraschte Politiker und Demoskopisten: Der

deutsche Souverän hat Rot-Grün abgewählt und zugleich der konservativen Wende eine Absage erteilt.

Die österreichischen Politiker nutzten das Ergebnis zum ideologischen Schlagabtausch: ÖVP-Generalsekretär Reinhold Lopatka, dem die Regierung in Deutschland oft als abschreckendes Modell für Österreich gedient hatte, sieht die Ablehnung von Rot-Grün „bestätigt“. SPÖ-Klubobmann Josef Cap dagegen setzt, wenig überraschend, das schwache Abschneiden der CDU unter Angela Merkel mit einer Ablehnung des ÖVP-Kurses gleich.

BZÖ-Sprecher Uwe Scheuch sprach noch am Wahlabend das – in seinen Augen „bedenkliche“ – rechnerische Faktum aus: In Deutschland sei nun „eine linke Mehrheit“ möglich. In der Tat bauten die bisherigen Regierungsparteien SPD und Bünd-

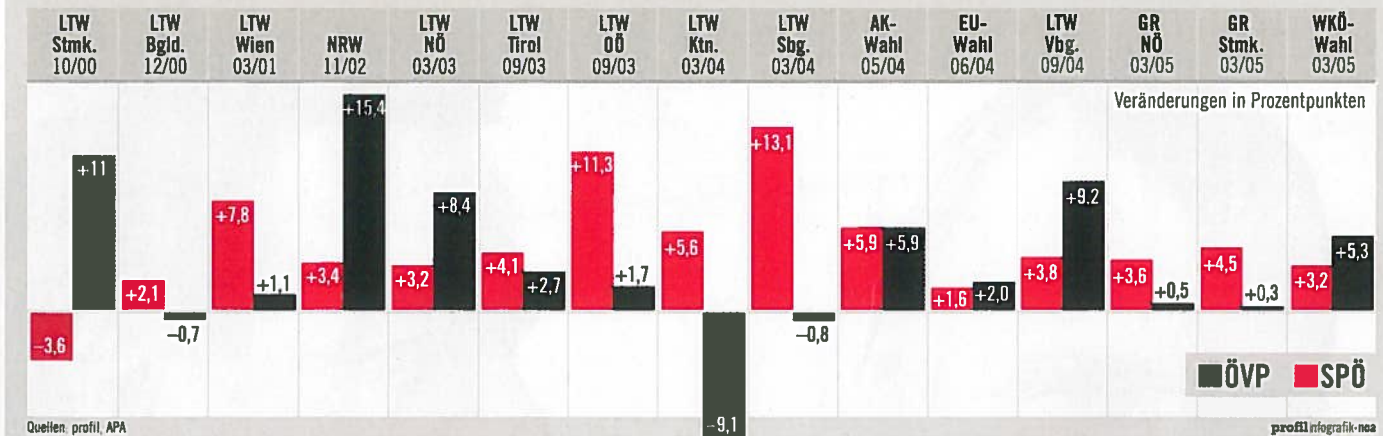
nis 90/Grüne gemeinsam mit der linkspopulistischen PDS die linke Mehrheit im Deutschen Bundestag leicht aus.

„Gerhard Schröder hat von einem weltweiten Trend profitiert, der auch die Wahlerfolge der Linken in Portugal und Norwegen erklärt. Dahinter steckt die Furcht vor dem Verlust staatlich garantierter Sicherheiten“, meint der Italiener Romano Prodi, einst EU-Kommissionspräsident, heute italienischer Oppositionsführer, im deutschen Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“.

Das Dogma „Mehr privat, weniger Staat“, das in den neunziger Jahren noch reihenweise zur Abwahl sozialdemokratischer Regierungschefs geführt hatte, scheint schon wieder überholt zu sein. Bei der Entscheidung zwischen mehr Eigenverantwortung und solider Absicherung durch den Staat neigen offenbar immer ►

## Zwischenbilanz

Die Zugewinne und Verluste von SPÖ und ÖVP bei allen Urnengängen seit der Wende 2000.



mehr Wähler in Europa Letzterem zu. „Die Menschen sind vom Reformkurs der Regierungen überfordert. Sie fürchten, dass die amtierenden Regierungen den Minimalstaat anstreben, und das ruft ein Gefühl beginnender Schutzlosigkeit hervor“, vermutet der Politologe Fritz Plasser. Ob bei den Bundeswahlen in Spanien, Portugal, Norwegen, Deutschland oder bei den Regionalwahlen in Italien: „Konservative wie linke Regierungen in Europa leben derzeit gefährlich“, sagt der Politologe Anton Pelinka.

In Österreich ticken die Uhren nicht anders. Die Stimmenzuwächse der SPÖ seit 2002 sind beachtlich (siehe Grafik). Seit geraumer Zeit gibt es laut Umfragen bundesweit keine schwarz-blaue Mehrheit mehr, und die SPÖ liegt konstant drei Prozentpunkte vor der Kanzlerpartei ÖVP. Ob sie diesen Vorsprung nächstes Jahr ins Ziel bringt, ist freilich offen. Bereits in der vorigen Legislaturperiode hatte die SPÖ in der Sonntagsfrage stets die Nase vorn. Doch die Wahlen 2002 gewann die ÖVP.

Die jüngste market-Umfrage für profil spiegelt einen Gleichstand zwischen den

Lagern: 29 Prozent meinen, die politische Stimmung sei derzeit günstiger für die SPÖ, 27 Prozent glauben dies in Bezug auf die ÖVP. 20 Prozent sind unentschieden.

Von einer ideologischen Wende nach links zu sprechen wäre verfehlt. Nach langfristigen Erhebungen des Meinungsforschungsinstituts SORA ist die Zahl jener Österreicher, die sich selbst als „links“ respektive „eindeutig links“ deklarieren, seit 1976 mit knapp einem Fünftel relativ konstant geblieben.

**Emotionen.** Es sei wohl eher eine „emotionale Zuwendung“, von der die Linke derzeit profitiere, meint der Soziologe Harald Katzmaier. „Die Lebensperspektiven der Menschen werden immer kürzer: Niemand weiß, ob er morgen noch einen Job hat. Umso mehr steigt das Bedürfnis nach sozialer Sicherheit, nach einem Leben ohne ständige Angst“, sagt Katzmaier.

Die Dynamik der Globalisierung ist für den durchschnittlichen Wähler längst nicht mehr nachvollziehbar: Unternehmen verzeichnen Rekordgewinne – und verlangen dennoch Lohnverzicht; längere Arbeitszeiten werden gefordert, um Jobs zu sichern – und gleichzeitig wandern Betriebe in Nachbarländer ab. Zuletzt rechnete die Unternehmensberatung Proudfoot Consulting vor, dass der gesetzliche Urlaubsanspruch in Europa zu hoch sei und deshalb die wirtschaftliche Entwicklung jener der USA hinterherhinke.

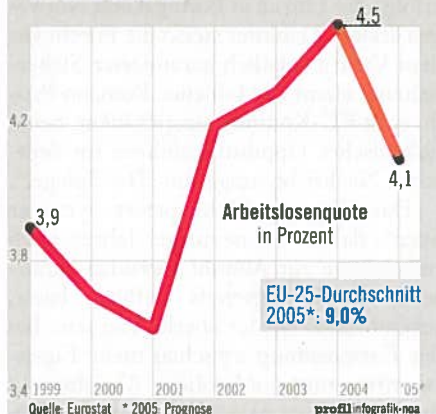
Auf die Meinungsbildung bleibt dies nicht ohne Wirkung, wie Umfragen diverser Institute zeigen: Sieben von zehn Österreichern sagen, die „Menschlichkeit“ bleibe wegen des Gewinnstrebens der Unternehmen auf der Strecke (IMAS); fast zwei Drittel der Österreicher glauben, nur reiche Leute würden medizinisch optimal versorgt (Metis); drei von zehn Österreichern fürchten um ihren Arbeitsplatz (OGM); fast jeder vierte meint, der Regierungswechsel habe sich negativ

auf sein Leben ausgewirkt (Gallup).

Eine brandneue Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts belegt, dass die Real-einkommen der Vollzeitbeschäftigten in den vergangenen zehn Jahren kaum gestiegen sind. Das unterste Einkommens-drittel – dazu zählen auch Handelsange-stellte und Uni-Absolventen ohne feste An-stellung – musste sogar massive Einbußen hinnehmen. Laut Wifo-Experte Markus Marterbauer hinterlässt die Einkommens-situation naturgemäß Spuren bei der poli-tischen Befindlichkeit der Arbeitnehmer: „Die prekären Arbeitsverhältnisse schüren Unsicherheit, und damit steigt der Stel-lenwert des Sozialstaates.“

## Immer mehr ohne Job

Verlauf der Arbeitslosenquote von 1999 bis 2005.



ASTRID BARTL FÜR PROFIL



# „Herzlose Politik“

SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer wertet Kurskorrekturen der ÖVP als Reaktion auf das deutsche Wahlergebnis.

Auf der anderen Seite finden immer weniger Menschen Platz unter den Flügeln des Sozialstaates, die angesichts ausufernder Staatsdefizite und internationaler Wettbewerbszwänge immer radikaler gestutzt wurden. Das ursprünglich positiv besetzte Wort „Reform“ hat in den vergangenen Jahren eine negative Konnotation erfahren; heute ist es ein Synonym für „Kürzungen“. Alle Reformen – vom Gesundheitssystem über die Pensionssicherung bis zur Bildung – weisen zwei Merkmale auf: Die Kosten steigen, die Leistungen sinken.

Wer diesen Umstand im Wahlkampf thematisieren kann, gewinnt – egal, ob es sich um Rechtspopulisten, Linksradikale oder, wie in Deutschland, um die Nachfolgepartei der ostdeutschen SED, die PDS, handelt.

**Reue statt Reformen.** Eine weitere Lehre ziehen die Strategen aus den deutschen Wahlen: Kein zweites Mal werde eine Partei, so wie es Angela Merkel mit der CDU vorgeführt hatte, „mit einem Reformprogramm in des Wortes heutiger Bedeutung in die Wahlschlacht ziehen“, meint etwa ▶

## Über das Wahlergebnis in Deutschland:

Die jüngsten Wahlergebnisse in Europa und die Referenden in Frankreich oder den Niederlanden zeigen, dass die Leute genug haben von dieser neoliberalen Wirtschafts-ideologie. Die Menschen glauben einfach nicht mehr den Parolen, wonach es allen gut geht, wenn es nur der Wirtschaft gut geht. Denn sie hören jeden Tag, dass es immer höhere Gewinne gibt, für die immer weniger Steuern bezahlt werden, aber gleichzeitig steigt die Arbeitslosigkeit überall weiter an.

## Über die Abwahl von Rot-Grün:

Die deutschen Wähler haben sicher Kritik an der rot-grünen Regierung geübt. Davon hat die neue Linkspartei profitiert. Aber das Abstrafen hat nicht zu einer deutlichen rechten Mehrheit geführt, wie es sich auch die ÖVP erhofft hat. Die Leute wollen Korrekturen, aber nicht nach einem neoliberalen Konzept, wie es von der CDU, CSU und FDP vertreten wurde. Daher gibt es jetzt in Deutschland eine relative Mehrheit links von der Mitte. Die Menschen wollen eine fairere, gerechtere Politik, keine Verschärfung des neoliberalen Kurses.

## Über die Chancen der KPÖ in der Steiermark:

Die SPÖ wird jedenfalls zur stärksten Partei werden. Kaltenegger wird ein Sammelbecken sein für viele ÖVP-Wähler, die jetzt auf die vielen Skandale reagieren. Er wird auch viele Stimmen kassieren, die Hirschmann hätte bekommen können.

## Über die Maßnahmen der Bundesregierung gegen die Arbeitslosigkeit:

Die ÖVP hat kapiert, dass sie mit ihrer herzlosen und kalten Politik keine Chance hat. Also versucht sie nun viel zu spät verzweifelt eine kosmetische Kurskorrektur. Aber der Karren ist verfahren. Wenn wir nicht die Massenkaukraft erhöhen, das Wachstum ankurbeln und Optimismus schaffen, wird die Arbeitslosigkeit nicht sinken. Schüssel & Co haben dazu nicht mehr die Kraft und keine neuen Rezepte.

## Über die nächste deutsche Regierung:

Jetzt findet ein Poker statt, bis jemand die Nerven verliert. Schröder hat mehr Optionen als Angela Merkel: Er kann die Ampel machen oder sich zur Not in geheimer Wahl zum Kanzler einer Minderheitsregierung wählen lassen. Das war eine Glanzleistung, wie er von einem Tiefstand alles in die Waagschale geworfen hat. Wie es derzeit aussieht, würde ich Gerhard Schröder noch nicht abschreiben.

*Interview: Otmar Labodynsky*

**SPÖ-Spitzen Häuptl, Niessl, Gusenbauer, Voves Profiteure einer „emotionalen Zuwendung“?**



# Blockierte EU

Das Patt in Deutschland könnte sich auf Österreichs EU-Präsidentschaft auswirken.

Bundeskanzler Wolfgang Schäussel hatte mit einem klaren Wahlsieg von Angela Merkel gerechnet. Er hoffte sich davon auch eine Stärkung der österreichischen Position zu verschiedenen EU-Themen: zur Türkei, zu der umstrittenen Liberalisierung der Dienstleistungen und zu den Budgetverhandlungen.

Bei dem für 3. Oktober geplanten Start der Beitrittsverhandlungen mit Ankara blieb Österreichs Regierung mit ihrer Forderung, ein anderes Verhandlungsziel als den Vollbeitritt zu verankern, bisher völlig isoliert. Der britische EU-Vorsitz macht nun Druck auf Außenministerin Ursula Plassnik. Sogar Zypern will auf Druck Griechenlands den Verhandlungsbeginn mit der Türkei nicht mehr blockieren und begnügte sich mit der Zusage, dass die Türkei Zypern vor ihrem EU-Beitritt anerkennen müsse.

Nun warten 24 EU-Außenminister gespannt darauf, ob Österreich den Start der Verhandlungen mit der Türkei tatsächlich im Alleingang blockieren wird. Dies könnte zu Trotzreaktionen der EU-Partner unter rot-weiß-rotem Vorsitz im ersten Halbjahr 2006 führen. „Wir sind mit unseren Bedenken nicht allein“, meinte Schäussel-Sprecherin Verena Nowotny. „Auch in Frankreich, den Niederlanden oder Deutschland ist die Skepsis in der Bevölkerung gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei sehr groß.“

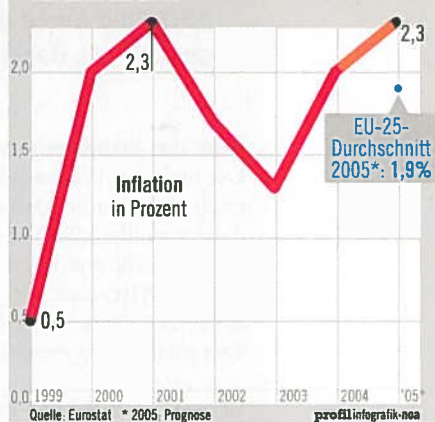
Schäussel hat sich in der Türkei-Frage jedenfalls weit aus dem Fenster gelehnt. Ein Rückzieher könnte bei den drei Landtagswahlen die ÖVP Stimmen kosten, fürchten schwarze Wahlstrategen.

Möglicherweise wird es zu einem Tauschhandel kommen: Sollte die EU auch Beitrittsverhandlungen mit Kroatien zustimmen, dann könnte sich Schäussel vielleicht doch noch mit dem gegenwärtigen Verhandlungsrahmen für die Türkei zufrieden geben. Denn dort wurden bereits zwei frühere Schäussel-Forderungen – „ergebnisoffene“ Verhandlungen und die Prüfung der Aufnahme-fähigkeit der Union – verankert.

Die Einigung über das EU-Budget für die Jahre 2007 bis 2013, die im Juni am Widerstand des britischen Premierministers Tony Blair gegen hohe Agrarausgaben gescheitert war, ist durch das Patt in Deutschland weiter blockiert.

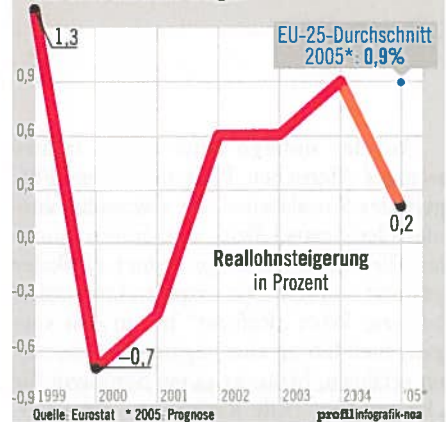
## Teure Waren

Verlauf der Inflationsrate von 1999 bis 2005



## Lohnerhöhungen

Wie die Gehälter von 1999 bis 2005 stiegen



die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“.

Eher neigen die Regierungen – wie etwa die österreichische – zu tätiger Reue. Plötzlich werden von der Opposition seit Jahren geforderte Maßnahmen realisiert: Die Pensionen werden deutlich angehoben, Kilometergeld und Pendlerpauschale erhöht, und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – ein von der Koalition lange totgeschwiegenes Thema – wird eine ganze Regierungsklausur gewidmet. „Die ÖVP hat kapiert, dass sie mit ihrer herzlosen Politik keine Chance hat“, sagt SPÖ-Chef Gusenbauer (siehe Statements S. 19). Sogar ÖVP-Generalsekretär Lopatka räumt selbstkritisch ein: „Wir haben es verabsäumt, den Österreichern zu vermitteln, dass auch eine konservative Partei soziale Sicherheit geben kann.“

Dieses Versäumnis hat nach Analysen deutscher Wahlforscher auch Merkel den

Sieg gekostet: Die CDU habe sich zu sehr auf sachliche Debatten wie die Steuer- und Wirtschaftspolitik konzentriert, „weiche“ Themen wie etwa eine Wertedebatte dagegen sträflich vernachlässigt.

**Roter Schreck.** Politikberater Christian Scheucher glaubt, dass in Deutschland und Österreich auch exogene Faktoren mit wahlentscheidend sind: „Zur wirtschaftlichen Sorge kommen Nachrichten über den steigenden Ölpreis, über Umweltde-saster wie jene in den USA und Migrationsströme. Die Menschen bekommen Angst – und in der Wahlkabine wirkt sich das dann unterschiedlich aus: Entweder sie wählen extrem rechts – oder eben links.“ So konnte die neue Linkspartei in Deutschland ihren Wähleranteil gegenüber dem PDS-Ergebnis von 2002 mit 8,5 Prozent fast verdoppeln.

Generalsekretär Lopatka ahnte die Gefahr für die ÖVP noch am deutschen Wahlabend: Er warnte vor einem Linksruck in der Steiermark. Und Landespartei-sekretär Andreas Schnider wies eindringlich auf das „gefährliche Gedankengut“ der KPÖ hin. Dieser Tage verschickte die steirische Industriellenvereinigung an ihre Mitglieder sogar Auszüge aus dem KPÖ-Programm.

Doch ob das tatsächlich abschreckt? Peter Ulram, Politologe am Fessel-Institut, ist skeptisch. Bei einer Diskussionsveranstaltung zur deutschen Wahl vergangene Woche meinte er, die schrillen Warnungen vor einem Bündnis zwischen SPÖ und Ernest Kaltene-gger in der Steiermark würden niemanden mehr erschauern lassen. ■

Mitarbeit: Otmar Labodinsky, Tina Fadler

**KPÖ-Kandidat Kaltene-gger** Die VP-Warnung vor einem Linksruck in der Steiermark zieht nicht

